

INHALT

1. Nord-SPD vernebelt ihre Pläne zu Lehrerstellenstreichungen
2. Paukenschlag zum Glücksspielstaatsvertrag in Berlin
3. Ausbau der A 7 geht voran
4. SPD Antrag wäre Konjunkturprogramm für Schwarzarbeit
5. Mark-Oliver Potzahr zurück am Rednerpult

15.12.2011

Nord-SPD vernebelt ihre Pläne zu Lehrerstellenstreichungen

Auch auf ausdrückliche Aufforderung nennt kein SPD-Abgeordneter eine konkrete Zahl



Heike Franzen, MdL

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hatte den Antrag des FDP-Parteitag, 300 der aufgrund sinkender Schülerzahlen frei werdenden Lehrerstellen nicht zu streichen, für die heutige Plenarsitzung als eigenen Antrag eingebracht.

Entsprechend der Koalitionsvereinbarung lehnten CDU und FDP diesen Antrag ab. „Die Landesregierung muss für dieses Land einen Weg finden, wie wir die Haushaltskonsolidierung und die Bildungsfinanzierung gemeinsam auf den Weg bringen. Wir wollen gute Bildung für unsere Kinder, aber nicht auf ihre Kosten“, begründete CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen die Ablehnung.

Gute Bildung mache sich nicht nur an der Anzahl der Unterrichtsstunden fest, sondern auch daran, was wie unterrichtet werde und welche Rahmenbedingungen dafür vorhanden seien. Der Landesrechnungshof habe in seinem Bericht von 2009 aufgezeigt, in welchem Umfang die Reduzierung von Lehrerplanstellen bis 2020 vorgenommen werden könnte, nämlich 4250

Planstellen. Allerdings wäre dazu eine massive Zusammenlegung von Schulstandorten erforderlich gewesen, welche die CDU in dieser Form nicht mittragen wollte. Darum habe die Landesregierung eine moderatere Reduzierung der Lehrerstellen von 3650 in die langfristige Finanzplanung einbezogen. Dies solle analog zu den rückläufigen Schülerzahlen geschehen.

Die SPD stellte einen eigenen Antrag, der vorsah, dass „die Hälfte der Lehrerstellen, die aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen bei gleich bleibenden Indikatoren der Unterrichtsversorgung rechnerisch entbehrlich wären," in den Schulen verbleiben sollen. Bislang hatten sich sowohl SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig als auch Landes- und Fraktionschef Stegner öffentlich so interpretieren lassen, dass die Hälfte der durch die Regierungskoalition zur Streichung vorgesehenen Stellen – also 1825 – abgebaut werden sollen. Davon ist mittlerweile keine Rede mehr. Eine konkrete Zahl hatte die SPD jedoch trotz mehrfacher Nachfragen nicht genannt. Sowohl Bildungsexpertin Franzen als auch CDU-Fraktionschef Callsen forderten die SPD-Fraktion daraufhin heute auf, dies zu tun. Diese Chance nahm die SPD auch heute nicht wahr.

Daraufhin stellte CDU-Fraktionschef Callsen fest: „Dafür gibt es zwei mögliche Erklärungen: entweder sind die SPD-Fraktion und ihr Spitzenkandidat in der Bildungspolitik ebenso uneins wie beim Denkmalschutz, oder die Nord-SPD vernebelt ihre bildungspolitischen Pläne ganz bewusst“, so Callsen.

Die Menschen in Schleswig-Holstein wollten jedoch vor einer Wahl wissen, was nach der Wahl passieren soll. Deshalb sage die CDU klar, wie sie Schleswig-Holstein nach dem 06. Mai 2011 weiter regieren wolle. „Das ständige Ausweichen, Vernebeln und Durchlavieren der SPD zeigt ebenso wie ihr 27-Seiten Wahlprogramm: diese Partei hat keinen Plan, wie sie Schleswig-Holstein in Zeiten der Schuldenbremse regieren könnte“, so Callsen abschließend.

Paukenschlag zum Glücksspielstaatsvertrag in Berlin **Länderparlamente sollen erst nach erfolgter EU-Notifizierung über den Glücksspielstaatsvertrag abstimmen**



Hans-Jörn Arp, MdL

Am heutigen Donnerstag gab es einen Paukenschlag in Berlin: Zwar unterzeichneten die 15 Ministerpräsidenten der anderen Bundesländer den Glücksspielstaatsvertrag. Den Landesparlamenten soll er allerdings erst nach einer Notifizierung durch die EU-Kommission zur Entscheidung vorgelegt werden. Dies hatte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter

Harry Carstensen immer wieder gefordert, da an der EU-Rechtskonformität erhebliche Zweifel bestehen. Nicht zuletzt deshalb hatte Schleswig-Holstein ein eigenes Glücksspielgesetz verabschiedet, das von der EU-Kommission im Notifizierungsverfahren nicht beanstandet wurde.

Die Zweifel über den „Vertrag der 15“ hatten sich in dieser Woche noch einmal verstärkt. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, hatte den Entwurf in einem 100-seitigen Gutachten als in „mehrfacher Hinsicht verfassungswidrig“ bezeichnet. Die EU-Kommission hatte bereits im Sommer erhebliche Zweifel geäußert, und laut Medienberichten zuletzt im November eine schriftliche Stellungnahme der Länder sowie den überarbeiteten Entwurf eingefordert. Beides wurde laut Medienberichten erst in der vergangenen Woche vorgelegt, eine Stellungnahme der EU steht noch aus. Dieser Vorgang ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil der federführende Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, Rainer Haseloff, noch Ende Oktober einem erneuten Notifizierungsverfahren eine Absage erteilt hatte.

Für die CDU-Fraktion begrüßte Hans-Jörn Arp die heutige Entwicklung: „Erst nach dem Abschluss des Notifizierungsverfahrens bei der EU-Kommission wird der Vertrag allen Landesparlamenten zugeleitet. Das bedeutet: nur, wenn der Vertrag europarechtskonform ist, kann er in Kraft treten. Nach dem neuen Papier-Gutachten sind wir deshalb fester denn je überzeugt, dass dieser Staatsvertrag nie Wirklichkeit wird“.

Es sei dem Beharrungsvermögen von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen zu verdanken, dass sich nun auch die anderen 15 Ministerpräsidenten in allerletzter Minute endlich auf ein geordnetes Verfahren verständigt hätten: „Peter Harry Carstensen hat dem enormen öffentlichen Druck stand gehalten. Er hat intern und auch öffentlich die überzeugenderen Argumente vorgetragen und so dafür gesorgt, dass sich am Ende doch noch ein rechtlich sauberes Verfahren durchgesetzt hat“, so Arp.

Ausbau der A 7 geht voran **CDU macht Verkehrspolitik für ganz Schleswig-Holstein**

Nach Abschluss der Planfeststellungsverfahren für den sechsstreifigen Ausbau der A 7 auf einer Länge von rund 60 Kilometern zwischen Hamburg und Bordesholm hat in dieser Woche das Konzessionierungsverfahren für die Baumaßnahme begonnen. Damit ist klar, dass 2014 der Bau starten kann.

Für die CDU-Fraktion dankte deren Vorsitzender Johannes Callsen in der heutigen Plenardebatte Verkehrsminister Jost de Jager für diese Nachricht: „Es ist gut für unser Land, dass es nicht nur bei der A20 und der westlichen Elbquerung vorangeht, dass nicht nur die feste Fehmarnbeltquerung und die B5 auf der Agenda stehen, sondern auch der sechsstreifige Ausbau der A 7“, so Callsen.

Die A 7 sei eine der wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen innerhalb Deutschlands und gleichzeitig eine Hauptachse zwischen den skandinavischen Ländern und Mitteleuropa. „Wir werden unsere Rolle als Brücke und Drehscheibe im Ostseeraum nur wahrnehmen können, wenn wir auch der A7 eine besondere Beachtung beizumessen“, betonte der CDU-Fraktionschef.

Der sechsstreifige Ausbau der A7 habe eine hohe Erschließungswirkung für die Mitte Schleswig-Holsteins und für die Landeshauptstadt Kiel. „Wir geben mit

diesem Ausbau aber auch ein klares Zeichen an den Norden unseres Landes! Das bedeutet, dass es mit der CDU keine Vernachlässigung des Nordens gegenüber der Fehmarnbeltquerung geben wird. Wir machen beide Linien zukunftsfest, die Fehmarnbeltquerung ebenso wie die Jütlandroute“, betonte Callsen.

Die CDU als die Verkehrsinfrastrukturpartei im Norden wolle Wachstum und Wohlstand für ganz Schleswig-Holstein. Sie bekenne sich dazu, das Land mit seiner zukünftigen Infrastruktur als hervorragenden Standort für Industrie und Handel zu erhalten. Dieses Bekenntnis unterscheide die Union von anderen Parteien im Land. Besonders die Grünen würden die A20 und die Fehmarnbeltquerung skeptisch sehen und den A7-Ausbau ablehnen. Stattdessen werde im Grünen Wahlprogramm das „Fahrradland Schleswig-Holstein“ ausgerufen. „Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: Das ist zwar idyllisch, aber nicht zukunftsgerichtet. Das bringt keine zusätzlichen industriellen- und mittelständischen Arbeitsplätze nach Schleswig-Holstein“, betonte Callsen. Auch Windkraftanlagen müssten über die Autobahn angeliefert werden, bevor sie das Klima entlasten.

Die Pressemitteilung des Ministeriums finden Sie unter folgendem Link:

http://schleswig-holstein.de/MWV/DE/Service/Presse/PI/2011/111214_A7Ausbau.html



Fraktionsvorsitzender Johannes Callsen, MdL

SPD Antrag wäre Konjunkturprogramm für Schwarzarbeit CDU-Fraktion gegen Zwölf-Stunden Begrenzung bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen

Die SPD-Fraktion wollte in der heutigen Plenartagung mit einer Bundesratsinitiative eine Begrenzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit bei geringfügig Beschäftigten auf zwölf Stunden durchsetzen. Die Einhaltung sollte durch verschiedene bürokratische Verfahren sichergestellt werden.

Für die CDU-Fraktion sprach Arbeitsmarktexperte Hans Hinrich Neve gegen den Antrag: „In Zeiten, wo alle vom Bürokratieabbau reden, bewirkt ihr Antrag das Gegenteil! Das machen wir nicht mit!“, so Neve.

Die so genannte „Minijob-Regelung“ habe sich bewährt. Seit ihrer Einführung sei beispielsweise die Zahl der entlohnten Beschäftigten in Privathaushalten von knapp 50.000 im Jahr 2003 auf über 200.000 im Jahr 2010 kontinuierlich angestiegen.

“Die staatlich geschaffenen Rahmenbedingungen für die Beschäftigung in Privathaushalten haben damit eine deutlich positive Wirkung gegen die illegale Beschäftigung bewirkt. Wir sind gegen Schwarzarbeit. Sie dagegen wollen mit Ihrem Antrag ein Konjunkturprogramm für die Schwarzarbeit auflegen“, sagte Neve an die SPD gerichtet.

Zwar gebe es Branchen und Unternehmen, in denen sich die Anzahl sozialversicherungspflichtiger und die geringfügig Beschäftigter gegenläufig entwickeln. In vielen Fällen sei allerdings ein paralleler Verlauf zu beobachten.

Der Arbeitsmarktexperte widersprach der Behauptung, durch geringfügig Beschäftigte würden sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse verdrängt, und belegte dies am Beispiel Schleswig-Holsteins. Dort sei seit der CDU-Regierungsübernahme 2005 die Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze um über 25.000 Vollzeitstellen gestiegen. Hinzu kommen über 36.000 sozialversicherungspflichtige Teilzeitstellen. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse nur um etwa 7000

Zum Vergleich: Unter den SPD-geführten Landesregierungen stieg die Zahl der geringfügig Beschäftigten in Schleswig-Holstein von 1999 bis 2005 um 35.827, während die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (Voll- und Teilzeit) um etwa 40.000 sank.

Neves Fazit: „Das Problem waren ganz offensichtlich nicht die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, sondern die SPD-Regierung.“



Hans Hinrich Neve, MdL

Mark-Oliver Potzahr zurück am Rednerpult Suchthilfe und Suchtprävention in Schleswig-Holstein werden gestärkt

Nach seiner schweren Erkrankung ist der jugend- und drogenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Mark-Oliver Potzahr, in der heutigen Plenardebatte zum Thema Suchtprävention unter großen Applaus der Abgeordneten aller Fraktionen ans Rednerpult im Schleswig-Holsteinischen Landtag zurück gekehrt.

Er sprach sich für eine Weiterentwicklung der Leitlinien zur Sucht- und Drogenpolitik aus. Wichtig sei dabei die Einbeziehung der Kommunen, denn Suchthilfe und Suchtprävention würden seit einigen Jahren von den Kreisen und kreisfreien Städten durchgeführt.

Potzahr forderte eine regelmäßige Fortschreibung solcher Leitlinien, da es immer wieder neue

Herausforderungen gebe. „Aus meiner Sicht sind Komasaufen und das stetig sinkende Alter der Alkoholkonsumenten wichtige neue Problemstellungen, die Berücksichtigung finden müssen“, erklärte der CDU-Abgeordnete.

Gespräche mit Fachleuten aus der Praxis machten deutlich, dass Cannabis weiterhin ein schwieriges Problem darstelle. Dabei gehe es nicht nur um die Illegalität, sondern vor allem um die Konsequenzen, die der regelmäßige Konsum für junge Menschen haben könne. „Bei diesem Thema atmen die alten Leitlinien von Anfang des Jahrhunderts noch den Geist der Verharmlosung – eine Weiterentwicklung ist also dringend geboten“, so Potzahr abschließend.



Mark-Oliver Potzahr, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de